

Soziale Politik & Demokratie

Für eine wirkliche sozialdemokratische Politik

Für „eine SPD-Regierung, die den Wählerwillen respektiert“

„Es gibt überhaupt keinen Grund, unsere politischen Ziele, für die wir eine gesellschaftlichen Mehrheiten errungen haben, aufzugeben“,

erklärt Andrea Ypsilanti unter donnerndem Beifall der Delegierten auf dem Landesparteitag der SPD in Hessen am 29. März 2008. „Wir wollen den Politikwechsel ... Wir erkennen den Wählerwillen in seinem vollumfänglichen Inhalt an.“ Mit ihren Forderungen hat Andrea Ypsilanti dem Willen der Mehrheiten im Wahlkampf Ausdruck gegeben: Schluss mit Tarifdikta-ten im öffentlichen Dienst, mit Studiengebühren – ausreichende Finanzierung der Bildung und Sozialeinrichtungen; für die Wiederherstellung des Sozialstaats, der durch Koch der sozialen Verwüstung preisgegeben wurde. „Ganz viele sind auf mich zugekommen... halte durch, wir wollen Deine Politik!“

Mit Andrea Ypsilanti ist eine Verantwortliche der SPD angetreten, die der Agenda-Politik mit ihren Anti-Reformen eine Absage erteilt: „Keine Reformen mehr, die den Menschen Angst machen.“ Sie hat als „die erfolgreichste Wahlkämpferin in der SPD der letzten Jahre“ (Hermann Scheer) den Kampf aufgenommen für die Bildung einer SPD-geführten Regierung, die den Wählerwillen respektiert. „Die Leute wollen endlich wieder erleben, dass die ihrer Wahlentscheidung zugrunde liegenden Inhalte auch nach der Wahl gelten und durchgesetzt werden“, so Andrea Ypsilanti auf dem Parteitag.

Doch gerade diese Entschlossenheit ist es, die dazu geführt hat, dass von den Medien eine wahre Hasskampagne gegen Andrea Ypsilanti entfesselt wurde: „Linkes Projekt gescheitert – Ypsilanti gibt auf... Aber weder das eine noch das andere stimmt“, stellt Andrea Ypsilanti richtig.

Dass diese Kampagne von Merkel und der CDU/CSU mit vorangetrieben wurde, ist nicht erstaunlich. Doch wie ist es möglich, dass SPD-Verantwortliche wie Steinbrück, Steinmeier, Struck bis hin zu Müntefering diese Hetze mit zu verantworten haben, dass sie es waren, die der Bildung einer SPD-geführten Regierung in Hessen

unter einer Ministerpräsidentin Andrea Ypsilanti die dicksten Knüppel zwischen die Beine geworfen haben?

Im Herbst 2005 waren es Schröder und Müntefering, die sich über den eindeutigen



Andrea Ypsilanti

Wählerwillen, sowohl Schluss zu machen mit der Agenda-Politik als auch mit deren verschärfter Fortsetzung entsprechend dem Wahlprogramm Merkels, hinweggesetzt haben. Sie haben die Große Koalition etabliert, um der Weiterführung der Schröder-/Agenda-Politik den Weg frei zu machen.

Auf dem Hamburger SPD-Parteitag im Oktober 2007 musste Müntefering eine Niederlage hinnehmen: die Mehrheit der Delegierten, wie auch der SPD-Mitglieder, unterstützte eine Neuorientierung der SPD unter Verantwortung von Kurt Beck: „Für Korrekturen der von den Menschen empfundenen massiven Ungerechtigkeit.“

Diese Neuorientierung war es, die Andrea Ypsilanti den Platz für ihre erfolgreiche politische Offensive für die Mehrheiten für eine SPD-Regierung in Hessen gegeben hat.

Und jetzt setzen die Steinbrück, Steinmeier und Müntefering alle Hebel in Bewegung, um die Bildung einer solchen sozialdemokratischen Regierung zu verhindern. „Denn das wäre ein Stachel gegen die Fortsetzung der Politik der Antireformen in der Großen Koalition“, schreiben die KollegInnen der Hessischen Arbeitnehmerinitiative in ihrem Offenen Brief an

Kurt Beck. Es wäre ein Schlag gegen die Antireformpolitik der Großen Koalition, auf deren Prioritätenliste ganz oben steht: Fortsetzung der Politik der „harten Schuldenbremse“ und scharfen Einschnitte in die öffentlichen Haushalte, wie auch der Privatisierung der Bahn.

Diese Politik, von der EU vorgegeben, muss im Bund wie in allen Ländern und Kommunen strikt umgesetzt werden. Da ist kein Platz für Ausnahmen und schon gar nicht für eine SPD-geführte Regierung mit sozialdemokratischer Politik, die bei der breitesten Bevölkerung, den Millionen ArbeitnehmerInnen und deren Gewerkschaften Unterstützung findet.

„Sie wissen, dass unsere Politik der sozialen Gerechtigkeit auch Auswirkungen auf das gesellschaftliche Klima der ganzen Republik und auf die Bundestagswahlen haben wird“, ist sich Andrea Ypsilanti auf dem Parteitag sicher. Und es ist auch sicher, dass „Andrea Ypsilanti von einer überwältigenden Mehrheit in der SPD inhaltlich ... unterstützt wird“ (Hermann Scheer).

Können wir es geschehen lassen, dass diese hoffnungsvolle Perspektive für das Land und die SPD, nach den langen Jahren des sozialen Niedergangs und der Niederlagen und Mitgliederverluste der SPD, wieder erstickt wird?

Um den „politischen Kurswechsel für wirkliche sozialdemokratische Politik, die den Wählerauftrag erfüllt, in Hessen erfolgreich umzusetzen und auf das gesamte Bundesgebiet auszuweiten, brauchen wir die weitere Unterstützung aller KollegInnen und GenossInnen, die unseren Kampf mitgetragen haben“, so der Appell von Michael Altmann als Sprecher der Hessischen Arbeitnehmerinitiative. Sie stellen zur Überlegung, auf einer nationalen Versammlung in Hessen zusammenzukommen, um darüber zu diskutieren, wie dieser Kampf gemeinsam geführt werden kann.

CARLA BOULBOULLÉ